

# Die Constitution.

Verantwortlicher Redacteur:  
F. Häfner.

Tagblatt  
für constitutionelles Volksleben und Belehrung.  
Motto: Freiheit und Arbeit!



Mit-Redacteurs:  
M. Grigner, J. Gauk.

N<sup>o</sup> 139.

Wien, Freitag den 8. September

1848.

Wien den 7. September. Nachdem der 23. August unsern 26. Mai aus den Blättern der Wiener Revolution hinweggelöscht, glaubte es ein der Volksache abtrünniges Ministerium an der Zeit, mit der willigen Hand der Reichstagsmehrheit, auch den 15. Mai wegzuwischen, und am 2. September ward dieser Handsstreich gegen die Krone unserer Errungenschaften unter der aus der Geschichte der Vor- und Jetztzeit berühmtesten Firma „Vereinbarung“ versucht. Doch die Siegesgewißheit des Ministeriums, die in den lächelnden Zügen des Justizministers ihren Ausdruck fand, ward empfindlich getäuscht, und am 6. fielen wie ein Donner Schlag aus dem heitern Himmel des geträumten unbegrenzten Vertrauens die drei Fragen eines Mannes, der bisher nicht zu den Ultras gehört, und — das Ministerium erbebt. Borrosch, der Ehrenmann, ist zur Ueberzeugung gekommen, daß Reaction kein von radikaler Schwindlerfantase gebornes Gespinnst sei, sondern daß sie in Fleisch und Blut in unserer nächsten Nähe existire. Ein Mann, wie Borrosch, der am Abende des Lebens steht, hat keine jugendlich gaukelnde Fantasie mehr und sein geistig Auge, von Lebenserfahrung geschärft, hat recht gesehen. Der Schritt dieses Mannes hat wohl die gemäßigten, die Männer der Mitte, mit hinüber gerissen, so wie es auch in Frankfurt durch den Uebertritt Eisenmanns zur Linken geschehen. Die Wahrheit siegt und gewinnt das Herz jedes Ehrenmannes. Mit diesem Schritte ist aber auch die Reichstagsmehrheit, auf die das Ministerium mit so lächelnder Zuversicht gebaut, gesprengt und das Ministerium fällt, ein Opfer seiner preussischen Reactionssympathien. Borrosch hat mit entschlossener Hand den scharfen Speer mitten in das Drachennest der Reaction geschleudert, und die Demokratie stand wie mit einem Schlage auf zu seinem Schutze gegen die Wuth der entlarvten.

Das Volk ist nicht ermattet und es fehlt ihm die Kraft nicht, ob schon uns dieß vor wenig Tagen ein ministerieller Artikel mit stolzer Selbstzufriedenheit, begleitet von einigen die öffentliche Meinung verhöhrenden Ausfällen auf die demokratische Presse, glauben machen wollte. Das Volk ist kräftig und lebensfrisch; es gibt Beispiele, daß an den Küsten der Nordsee Völker 40 Jahre gegen Fürstendespotismus mit unermünder Ausdauer gekämpft; die Kraft eines Volkes wird in sechs kurzen Monaten nicht gebrochen, wohl aber dürfte das diplomatische Leben eines Ministeriums nach zwei Monaten spurlos in der weiten Sandwüste der Unmöglichkeit verrinnen — Das demokratische Wien schien zu schlummern, die Reaction wagte sich immer lecker hervor und stückte schon das Schwert zum letzten Stoße gegen die kraftlos scheinende Demokratie. Doch in ihrer plumpen Hast übersah jene den jornstammenden Basilliskensblick in dem Auge dieser, und vor diesem Blick zersplitterte das Schwert. Borrosch's Worte waren das Signal, auf das sich Wien mit neuer Kraft erhob, und eine glänzende Huldigung ward dem Apostel der Volksache zu Theil. Am 6. Abends füllten sich

die Straßen Wiens, Fackeln und Fahnen erschienen, Vereine kamen, und Studenten und Arbeiter, Garden und Bürger reiften sich zu einem kolossalen, von Niemanden angeordneten, aber im Herzen Wiens, im Herzen jedes Einzelnen von den zwanzig Tausenden wurzelnden Triumphzuge, der unter wehenden Fahnen von den Klängen zweier Musikbänden und der Arbeiter-Liedertafel geleitet vor die Fenster des Volksmanns zog. Doch nicht so eigentlich nur ihm, als vielmehr der Linken, dem Prinzip der Volkssouveränität galt die Ovation. Ein donnernder Jubel folgt dem Rufe: „Soch die Linke“ und Borrosch beginnt, unter lautlosem Schweigen der zahllosen Menge, zu sprechen. Der alte Mann dankt mit Thränen tiefer Nührung für die hohe Ehre, die Wien dem Diener einer heiligen Sache erweise, daß er für diese bis zu seinem letzten Athemzuge kämpfen werde, und daß sein Geist den Sieg der Demokratie voraussehe, und er mit diesem Bewußtsein gern zu Grabe gehe, wenn er seine Verwirklichung, wie er glaube, nicht mehr erleben sollte. Löhner nannte die Freiheit unser Weib, für das wir im Nothfalle zu sterben wüßten; Kublich hob in kräftigen Worten die Stellung der Linken hervor, die, wenn schon in der Minorität, die Majorität des Volkes hinter sich habe. Dem stürmischen Jubel auf diese Worte folgte eine Rede Tausenau's, des Vorsizers des demokratischen Vereines, im Namen des versammelten Volkes, in der er auf die empfindlichen Opfer hinwies, welche die Bürger Wiens für die Freiheit gebracht, welche sie aber nicht abhielten, mit ungebrochener Kraft an ihr festzuhalten und sie unversehrt ihren Kindern und Enkeln zu hinterlassen. Der 15. Mai, dieser glorreiche Tag in Wiens Geschichte, werde und müsse aufrecht erhalten werden, gegenüber dem volkverrätherischen Treiben der Reaction, die ihm mit der Vereinbarung gerne erschlagen hätte; über dem Volkswillen und seiner Macht gibt es nichts höheres und das Volk allein kann beschließen, ob und wie viel es von dieser — ablassen wolle. — Der Beifallsjubel wollte nach diesen aus tiefster Seele gestiegenen Worten kaum enden. Weiter sprachen Goldmark, Woland, Sierakowaki. Nach diesen ergreift der Arbeiter Gillisch im Namen der Arbeiter in einer Art das Wort, die die Herzen Aller tief ergriff. Seine Anspielung auf die unterste Classe, in deren Namen er spreche, erwiederte Borrosch mit vor Nührung zitternder Stimme, daß er keine unterste Classe kenne, daß die Freiheit vielmehr alle Menschen brüderlich umfasse. — Den Schluß der Redner bildete der steiermärkische Abgeordnete Smreker, der in begeistertem Tone gegen die tückische Berruchtheit der Reaction donnerte und freudig die Volkskraft begrüßte, die heute der Linken ihre treue Anhänglichkeit beweise: Steiermark sei stets an Wien gehangen, werde es immer und werde es im Nothfalle mit gutem steierischen Eisen unterstützen. — Tausend Hurrah's stürmten zum Himmel, bis die wilden Jubellänge von einem vom Arbeitervereine gesungenen deutschen Liede zu lautloser Stille verstummten; die letzten Klänge des Liedes summten die versammelten

Tausende mit und stiegen, ein heiliges Opfer am Altare der Demokratie, zum wolkenlosen Himmel empor. — Die Fahnen wehten, und unter jauchzenden Abschiedsgrüßen zogen die Tausende und aber Tausende an dem gefeierten Manne vorbei, der sich zum Träger der reinen, heiligen Demokratie gemacht. Aus Musketen und zahllosen Männerkeulen rauschten das „deutsche Vaterland“ und das „Fuchslieb“ durch die Straßen bis zum grauen Stephansdome, wo Alles in der frohen Ueberzeugung schied, Wien habe den Höllendämon „Reaction“, als er eben seine Krallen in das Herz unserer Errungenschaften, in den souverainen Reichstag versenken wollte, abermals zu Boden geschmettert, und habe den Ruhm, der Vorkämpfer heutscher Demokratie zu sein, nicht verscherzt, und das schwarzrothgoldene Banner steht hoch und ungebeugt. Hoch, dreimal hoch die Linke! mit ihr steht das — Volk!

Erigner.

### Reichstags-Sitzung vom 7. September.

In dem Protokolle der gestrigen Sitzung hatte man die Klugheit, den am Schluß des gestrigen Berichtes angezeigten Vorfall mit Stadion zu unterdrücken. Subicki und Bioland protestiren gegen solches Verfahren. Der unparteiische Präsident Strobach glaubt sich mit einem S. der Geschäftsordnung durchwinden zu können, da in selbem nicht ausdrücklich enthalten sei, daß solche Vorgänge aufzunehmen seien. Er wolle jedoch, wenn es durchaus gewünscht würde, die Entscheidung der Kammer überlassen.

Da besteht Abgeordneter Subicki aus dem Grunde auch der Aufnahme, weil er Beweise einer geführten Intrigue beizubringen im Stande und entschlossen sei.

Der Abgeordnete Stadion stellt den Antrag, man möge eine Commission zur Untersuchung der Sachlage aufstellen. Man habe ihn angeklagt, galizische Bauern für seine Ansicht bearbeitet zu haben. Bis dahin sei er der irrigen Meinung gewesen, auch ein Deputirter habe Anspruch auf Meinungsfreiheit. Als ihm gestern Abgeordneter Subicki sein Benehmen verwiesen, habe er nicht gewußt, daß dieser zum alleinigen Vormund der polnischen Deputirten bestimmt sei. Die Kammermitglieder hätten ja wohl während der 10 Minuten, welche bewilligt waren, alle für ihre Partei geworden. Er habe denjenigen, mit welchen er gesprochen, bloß parlamentarische Gründe angeführt. Eine weitere Ausführung halte er nicht für nöthig, damit er nicht reskire, neuerdings in den Verdacht zu kommen, die ganze Kammer verführen zu wollen.

Subicki schließt sich Stadions Antrag auf Untersuchung an.

Den Abgeordneten Sierakowski, welcher bezeugt, das Verfahren Stadions mit eigenen Augen gesehen zu haben, unterbricht Strobach mit der Bemerkung, daß er nur eine Debatte über das Protokoll zulassen könne.

Der allezeit getreue, wohlgesinnte Hein, ein Rechtsfreund, will rein nach der Geschäftsordnung mit Strobachischem Commentar vorgehen und solche gänzlich ungegründete Anklagen nicht ins Protokoll aufnehmen.

Abgeordneter Rudlich behauptet, es sei eine Anklage gestellt, die bewiesen, für Stadion, wie im Gegentheile für Subicki gleich entehrend wäre. Das Rechtsgesühl der Versammlung fordere die Aufnahme. Diesen Antrag unterstützt nur die Linke, während die ministerielle Majorität sitzen bleibt.

Da erhebt sich abermals Abgeordneter Subicki und erklärt, er

versehe der Abgeordneten Stadion wegen geübter Intrigue bei der gestrigen Abstimmung in Anklagestand. Wenn er aber nicht im Stande sei, vollgültige Beweise vorzulegen, so bitte er, ihn selbst in Anklagestand zu versetzen.

Präsident Strobach klammert sich bei diesem neuen Streiche verzeifelnd an die Geschäftsordnung.

Abgeordneter Borrosch wundert sich, daß die Aeußerung gefallen sei, man wisse nicht, um was es sich eigentlich handle. Er wolle es kurz und deutlich sagen. Gegen Stadion sei die Beschwerde erhoben, er habe den Bauern weiß gemacht, man wolle sie um den Kaiser bringen. Wenn Stadion von Parteien spreche, so habe er nur vergessen, daß die galizischen Bauern kein deutsches Wort verstehen. Daher sei es doppelt unwürdig, ihnen unter sich obene statt der wahren Angaben mitzutheilen.

Präsident Strobach will nun plötzlich einen schriftlichen Antrag zur Verbesserung des Protokolls, worauf ihm Abgeordneter Goldmark sehr treffend erwiedert, daß bis heute eine solche Einführung nicht da gewesen sei, sondern bloß die mündliche Erklärung des betreffenden Abgeordneten genüge. Er müsse daher gegen dieses Verfahren des Präsidenten protestiren. Nun steckt sich der wohlgesinnte Hauschild in des Präsidenten Wappenrock und versucht als sein Schildknappe für ihn eine Lanze zu brechen. Der Wohlgesinnte wird ausgelacht.

Abgeordneter Borrosch bemerkt, daß in das Protokoll nicht nur die Einflusnahme aufzunehmen sei, sondern auch die angeschuldigte trügerische Absicht, der Abstimmungsfrage eine verrätherische Deutung unterlegt zu haben. Ferner habe ein sehr verehrter Schriftführer (Hauschild) gefehlt, einen Abgeordneten des Doppelsinns zu zeigen, wo kein Grund vorliege. Das Protokoll müsse den Anklagepunkt auch darum enthalten, weil Subicki sich selbst in Anklagestand versetzt wissen wolle, wenn er seine Beschuldigung nicht beweisen könne. Eben so müsse der Ordnungsruf darin enthalten sein, da er durchaus nicht als vorübergehender erscheine.

Rudlich's Antrag wird angenommen.

Der czechische Abgeordnete Sawliczek will nun Subicki's Worte sogleich aufgenommen, sonst entfielen sie dem Gedächtnisse und könnten leicht verdreht werden.

Eine solche Anschuldigung steht diesem Abgeordneten vollkommen gleich. Er hat uns bis jetzt noch keinen Grund gegeben, etwas Besseres, Edelres von ihm zu erwarten.

Zur Verlesung kommt jetzt Bioland's Protest.

Derselbe protestirt gegen die gestrige Abstimmung über Löhners Antrag: Weil der Abgeordnete Czuperkowitz mit seiner Unterschrift bestätigt, selbst gehört zu haben, daß Stadion den galizischen Bauern bemerkte, sie müßten Nein sagen, denn Alle, welche mit Ja stimmten, wollten keinen Kaiser, kein Ministerium, sondern die Republik. Weil ferner der Abgeordnete Sierakowski mit seiner Unterschrift bestätige, Stadion habe den bäuerlichen Deputirten ausdrücklich versichert, die mit Ja Stimmenden wollten den Kaiser vertreiben. Weil endlich die Abgeordneten Subicki und Martini diese Umtriebe eigenhändig bestätigten. Es erscheine in Folge dessen die ganze Abstimmung als eine ungültige. Bevor diese Angelegenheit nicht untersucht und im Beweissalle der Antrag Löhners nochmals zur Abstimmung gebracht worden, habe der Präsident kein Recht, Schmitt's Antrag abstimmen zu lassen, wie es doch geschehen sei. Eben so protestire er gegen den Ordnungsruf an Subicki, da kein

Grund zu einem solchen vorhanden sei. Gezeichnet ist der Protest von Subicki, Czuperkowitz, Martini, Sierakowski. Angeflossen haben sich Goldmark, Prestel, Fuster.

Endlich drückt den ehrenwerthen Präsidenten Strobach doch das Gewissen und er will den Ordnungsruf nur bedingt gestellt haben. Er sei erbötig, denselben sofort zurück zu nehmen, wenn erwiesen worden, daß er nicht gerechtfertigt sei.

Darauf nehmen die oben verzeichneten Abgeordneten ihren Protest gegen den Ordnungsruf zurück.

Der allezeit getreue Wohlgesinnte Hein meldet unter krampfhaftem Augenzwinkern einen Gegenprotest gegen Stoland an.

An die Reihe kommt nun ein Protest galizischer Bauern gegen Subicki's Anschuldigung.

Schriftführer Streit macht die sehr geistreiche Bemerkung, weil dieses Actenstück Erklärung überschrieben sei, so spreche er seine Ueberzeugung dahin aus, es sei als eine Gegenerklärung anzusehen.

Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, der Vortrefflichkeit des Bureau das gebührende Lob zu erteilen. Wenn sich diese Herren doch bald durch fähigere ablösen ließen! Diese Erklärung, welche als Gegenerklärung anzusehen ist, geht dahin, daß die polnischen Bauern nur nach bestem Wissen und Gewissen ihre Stimmen abgeben. Wenn man ihnen auch vorwerfe, daß sie keine wissenschaftliche Bildung besäßen, so stehe doch fest, daß sie sich nur von ihrer während der Verhandlung selbst erworbenen Ueberzeugung leiten ließen. Die Erklärung ist von sieben polnischen Bauern im Namen aller Abgeordneten Galiziens unterzeichnet. Diese Erklärung, deren Unmöglichkeit offen liegt, erregte Heiterkeit. Abgeordneter Sierakowski protestirt gegen die Bezeichnung: Alle.

Zu Stabions Antrag hat der czechische Abgeordnete Brauner einen andern gestellt, welchen der Präsident der Versammlung als Verbesserungsantrag vorführt. Er geht dahin: daß die für Stabions Untersuchung aufzustellende Commission auch andere Fälle unparlamentarischen Treibens in ihr Bereich zu ziehen habe. Er wisse welche, wenn es ihm auch nicht möglich sein sollte, sie zu beweisen.

Borrosch erklärt sofort, das von Brauner Verbesserungsantrag getaufte Verlangen sei nichts weiter, als eine Incrimination des gesammten Hauses, um Parteizwist zu erregen. Brauner möge zuerst Gründe anführen. In keinem Falle könne es aber geduldet werden, daß solche Beschuldigungen durch die Hinterthüre angeblicher Verbesserungsanträge ins Haus geschwärzt würden.

Trojan der Große will unparteiisches Gericht und durchaus keine Verdächtigung, wird aber, wenn nur erst die Commission sitze, ganz curiose Dinge zur Sprache bringen. Trojan der Große ist, wie überall, auch im Scherfsinn groß.

Abgeordneter Brauner behauptet nach einigen Invectiven ordinären Styles gegen Borrosch, er habe der Kammer bloß ein scandalöses Gericht ersparen wollen. Und darum macht das ehrenwerthe Mitglied neue, noch dazu unmotivirte Beschuldigungen? Ist das auch ehrenwerth? Oder will er nur bloß drohen? Ist das parlamentarischer Brauch? Will der Abgeordnete speciell die Wahrheit des Terrorismus bestätigen? Und endlich, wenn dem Abgeordneten Umtriebe bekannt waren, war er nicht bei seiner Ehre verpflichtet, jeden einzelnen Fall sofort anzuzeigen und auf Untersuchung zu bringen? Wenn sich der Abgeordnete früher und wiederholt dieser seiner Ehrenpflicht entschlagen, wie kommt es, daß ihm jetzt auf einmal deren Erfüllung geboten ist? Will der Abgeordnete den reinigen

Sünder spielen, oder fühlt er sich berufen, als ritterlicher Paladin für Stabions bedrängte Unschuld einzustehen?

Auf Prestel's Klage, daß Strobach den Antrag Drauners sogleich und nicht nach der Geschäftsordnung erst in drei Tagen zur Abstimmung bringe, da er doch selbstständig sei, zieht Drauner seinen Antrag für jetzt zurück.

Der unparteiische Präsident weist hin, daß man neulich für Löhner als Antragsteller das letzte Wort gefordert. Er sehe sich also bemächtigt, heute auch dem Abgeordneten Stabion dieses Recht zuzugestehen.

Stabion erklärt schließlich, er hatte es für die Pflicht eines Deputirten, seine Meinung möglichst weit zu verbreiten. Jedenfalls müsse er mit den galizischen Bauern, seinen Collegen, welche er lange schon kenne, reden dürfen.

Auf Prestel's Antrag wird die Untersuchungscommission aus 9 Mitgliedern bestehen, von denen je vier Stabion und Subicki wählen, das neunte aber von diesen acht gewählt wird.

Prestel's Antrag behagt den Czechen nicht. Sie zetern daher gleich wieder um Gegenprobe, trotzdem der Präsident die Majorität bereits anerkannt hat. Sie werden jedoch zur Ruhe verwiesen.

Dem Abgeordneten für Kawa, Grafen Stabion, früher Gouverneur von Galizien, müssen wir schließlich bemerken, daß er heute seine bekannte Geschmeibigkeit ganz vergessen hat. Wenn ein so zierlicher Aristokrat, ein so aalglatte Hofmann aus der alten Schule, als welchen der Graf sich selbst bewiesen, sich verleiten läßt, Ausfälle auf seinen Ankläger zu machen, die man selbst gelinde ungezogen nennen muß, spricht diese Umwandlung nicht zu seinen Gunsten. Wir haben es mit Freuden vernommen, daß der hochgeborene Graf die polnischen Bauern öffentlich als seine Collegen anerkennt, wir hoffen, daß der Herr Graf diesen Ausspruch wenigstens nicht mehr zurücknehmen wird und sollte er selbst in den ungegründeten Verdacht eines Demokraten kommen. Wir bedauern aber, daß der gewandte Graf die Taktlosigkeit beging, die Bauern seine alten Bekannten zu nennen. Ist es nämlich einerseits zu entschuldigen, daß man unter alten Bekannten sich gehen läßt und kein Geheimniß aus seinen Plänen macht, so schließt andererseits die böse Welt aus diesem Ausdrucke auf eine mehr als minutenkurze, sondern längere Einflußnahme auf diese. Denn der Graf kennt ja zuversichtlich auch den Satz, daß der Mensch das Geschöpf der Verhältnisse ist.

Das alte Sprichwort: Gott schütze mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden will ich schon selbst fertig werden — hat sich leider auch heute bewährt. Denn die schlimmsten Feinde hätten dem Grafen keinen ärgeren Streich spielen können, als seine alten Bekannten mit dem unbesonnenen Gegenprotest. Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß der Herr Graf nicht die leiseste Ahnung davon gehabt habe, denn sonst hätte er sicherlich den böswilligen Republikanern die so nahe liegende Möglichkeit vereitelt, das ganze für gemachte Comödie anzusehen.

Wir bedauern nochmals den Herrn Grafen und geben alten Bekannten den guten Rath, mit dem guten Rufe ihres Collegen vorächtiger umzugehen.

Schriftführer Cavalabo verliest die Redaction des Gesetzes über Rudlich's Antrag und die Zuschrift ans Ministerium. Aus dieser will Rudlich den Ausdruck „Löblich“ in der Titulatur gestrichen, was zahlreich unterstützt wird.

Mittlerweile tritt das Ministerium ein, es wird über Rudlich's Antrag abgestimmt, er fällt durch und das Ministerium bleibt löblich.

Der Präsident eröffnet, daß ihm vom Finanzministerium die Ausschreibung der directen und indirecten Steuern für 1849 zugekommen sei.

Wir behalten uns Weiteres bis zur Debatte vor und bemerken für jetzt bloß, daß es unbegreiflich ist, wie diese Ausschreibung überhaupt eingebracht und angenommen werden konnte. In constitutionellen Staaten bringt man ein Budget oder einen Staatsvoranschlag, von dem Minister Kraus immer erzählte, ein. Denn zur Einnahme gehört doch auch die Ausgabe, oder die Rechnungslegung ist unmöglich. Ist daher das eingebrachte Dokument ein finanzieller Wechselbalg oder eine ministerielle Perfidie? Wir hoffen, daß unsere Volksvertreter wenigstens diesmal die Schonung des Volksäckels berücksichtigen werden. Sie sind es dem Volke als Sühne für das leichtsinnige Benehmen bei Bewilligung der letzten Anleihe schuldig.

Das Actenstück wird in Druck gelegt und dann dem permanenten Finanzausschusse zur Berichterstattung zugemittelt.

Minister Dobblhoff eröffnet der Versammlung, es habe ihn der Ministerpräsident angegangen, auf die Interpellation des Abgeordneten Borrosch die nöthige Antwort zu geben. Bevor er auf die vom Interpellanten gestellten Fragen eingehe, weise er jede Verdächtigung zurück. Er verwahre sich gegen den Vorwurf einer volksfeindlichen Stellung, da er nie von der Unmündigkeit des Reichstages eine möglicher Weise zu mißdeutende Äußerung gethan. Die wiederholte Hindeutung auf mögliche Auflösung oder Sprengung des Reichstages weise es als ein **loyales** Ministerium zurück. Getreu seinem Programme betrachte es das unabhängige Zusammenwirken des Reichstages als die Bürgschaft der Zukunft. Es wolle für Volk und Thron wachen. Es weise reaktionäre Bestrebungen eben so zurück, wie es mit unbeugbarer Strenge **republikanischen** Wählereien entgegen trete. Nicht ein historischer Landtag, nicht alter Liberalismus nur Gleichberechtigung und harmonisches Zusammenwirken sei seine Tendenz. **Es sei nie hindernd den Beratungen des Hauses in den Weg getreten. Gerade das Auftreten am Ende habe bewiesen, daß es das Recht der freien Berathung gewahrt habe. Es wolle das Haus nie influenziren und nur stets offen aussprechen, was es verantworten könne. Eben so müsse sich das Ministerium gegen den Vorwurf des Tadels verwahren, da es nie zu solchen Mitteln gegriffen. Vor Allem erkläre er, daß die vom Justizminister ausgesprochenen Grundsätze vom Gesamtministerium vollkommen getheilt werden.** Es habe sich um Beseitigung der Executivgewalt gehandelt, wo nach das Ganze d. r. gesetzgebenden Gewalt nicht festgestellt sei. Da aber das Ministerium auf **monarchischem** Boden stehe, da die Freiheit ein **Geschenk** des Kaisers sei, so seien für selbes nur die allgemeinen constitutionellen Principien maßgebend. Es sei das Ministerium der Meinung, daß nur die Sanktion der Krone volle Geltung gebe und die Publikation allein der Executivgewalt zustehe. Unbekannd die Stellung der Krone zum Verfassungswerke verweise das Ministerium auf die Manifeste vom 3. und 6. Juni. Der constituirende Reichstag sei berufen, durch kluge und rechtliche Mitwirkung der frei Gewählten Vertreter des Reiches die Verfassung als Ausdruck des gesegnet ausgeprägten Gesamtwillens zu geben. Der Kaiser gehe mit dem Gesamtwillen, den er in den Beschlüssen der Kammer erkenne, Hand in Hand. Mit gleichem Vertrauen können die Völker der Annahme der Verfassung entgegen sehen. Unter Vereinbarung verstehe das Ministerium den Akt der Vermählung zwischen Volksfreiheit und Herrscher, die sichere Bürgschaft für das Vaterland. Somit seien

die erste und zweite Frage als Principienfragen erledigt. Was aber in der zweiten Frage die Beschlüsse über den **Rudlichen** Antrag betreffe, so halte das Ministerium die Erlassung derselben für einen Akt der Nothwendigkeit. Es werde dieselben, sobald sie nach erlangter Sanction in volle Gesetzeskraft treten werden, unverzüglich verkünden. Wegen der Verantwortlichkeit bemerke das Ministerium, daß es sich, trotz des Mangels eines bezüglichen Gesetzes, nicht nur für moralisch, sondern auch für **constitutionell** verantwortlich erkenne und stets Rechenschaft geben werde.

Abgeordneter Borrosch nimmt den Vorwurf der Verdächtigung als gegen sich, eine zweite Anschulbigung aber gegen die ganze Linke geschleudert. Er melde daher einen Protest gegen diese ministerielle Erklärung an.

Der dem Ministerium gespendete Beifall war nicht sehr rauschend.

Der **Mephistopheles** der Gerechtigkeit lächelt.

In der nächsten Nummer wollen wir eine Beleuchtung dieses ministeriellen Artikels bringen.

Riederhuber.

### Herr Stadion.

#### I.

Nachdem das vom 26. August datirte Schreiben des Herrn Stadion in mehreren Blättern zugleich erschienen war, glaubte man voraussetzen zu können, es werde ihm die hiesige Tagespresse eine von ihm selbst beanspruchte Erwiderung nicht lange vorenthalten wollen. Daß selbst ein Mann, wie Stadion, die Allgewalt der öffentlichen Meinung anerkennend sich als Selbstangeber vor ihre Schranken stellt, und sich herbeiläßt für seine Vergangenheit öffentlich zu plaidiren: ist wohl an sich selbst eine beachtenswerthe Thatfache: sie ist es umsomehr, als das sonstige Verhalten des galizischen Ergouverneurs deutlich darauf hinzuweisen scheint, daß das erwähnte Plaidoyer seiner Zukunft nicht minder, als seiner Vergangenheit zu gelten hat. Man hat jedoch oberwähnte Aufforderung allgemein fast ohne alle Glossen dahin gehen, und die Gelegenheit vorüber gleiten lassen, ein für allemal mit dem Manne in's Reine zu kommen, auf den die öffentliche Meinung noch immer mit einer Scheu und Bangigkeit hinweist, als auf die mögliche Quelle zukünftigen Unheils. In der Erwartung, daß noch eine berufene Feder auf den Gegenstand zurückkommen werde, erlaube ich mir vorläufig meinen geringen Theil zur Aufklärung und Berichtigung der in dem erwähnten Schreiben erhaltenen Angaben beizubringen. —

Daß erst die galizische Amtsführung des Herrn Stadion den Auf begründet hat, den er gegenwärtig, wie es scheint, nicht mit Behagen genießt, dürfte zum Theile aus dem Umstande herzuleiten sein, daß erst die **Idus Martii** es möglich gemacht haben, über die Verwaltung im allgemeinen, so wie über einzelne Beamte ein öffentliches Urtheil zu fällen — ein Umstand, den Herr Stadion ganz übersehen zu haben scheint. Es mag sein — und ich muß meine Incompetenz in dieser Beziehung aufrichtig bekennen — daß es keine bloße Selbsttäuschung ist, wenn Herr Stadion mit Wohlgefallen auf seine **Triester** Amtsthätigkeit zurückblicken zu können glaubt. Es ist nemlich eine nicht besonders schwierige Aufgabe dort, wo materielle Interessen alles andere rücksichtslos beherrschen, wo alles Streben, alles Sinnen und Trachten der Bürger bloß auf Erwerb und dessen Sicherstellung gerichtet, den Anforderungen desselben zu genügen. —

Fleiß, Ordnungsliebe, bei vollkommener Abwesenheit aller stören-

den Genialität, welche das leberne Geleise zu überschreiten wagte, dieß sind Eigenschaften, welche in einer solchen Stellung den Mangel höherer Fähigkeiten ersetzen und welche wohl Niemand dem Herrn Stadion wird verfahren wollen; auf einen politischen Character kommt es dabei durchaus nicht an. Was hingegen die galizische Laufbahn des Herrn Stadion anbelangt, thut es mir leid erklären zu müssen, daß er sich in einem Irrthum befindet, falls er wirklich glaubt, erst die Märzereignisse und die nachfolgenden Verwickelungen, hatten ihm die Entrüstung aller Gutgesinnten zugezogen.

Zu der Zeit als Herr Stadion nach langem Zögern und Unterhandeln, die galizische Gouverneurstelle übernahm, blutete das arme Land noch aus allen jenen Wunden, welche ihm die verruchte Hand des Mobens geschlagen. — Tausende von Familien in Trauer, die Kerker vollgepfropft, das Standrecht noch immer in ursprünglicher Kraft, die Schlösser zerstört und ausgeraubt, die Felder kaum nothdürftig und zum Theile bestellt — hie und da ein noch nicht gegrabter Hügel, die Grabstätte der vor den Thoren der k. k. Kreisämter hingemordeten „Polaken,“ die gesellschaftliche Ordnung in der vollsten Auflösung, weil von jenen selbst verhöhnt, die zu deren Ueberwachung aufgestellt geschienen; die Mordbrenner und Räuber belohnt und gehätschelt, die Klagen der Waisen und Beraubten ohne die mindeste Beachtung — dieß war im allgemeinen der Zustand Galiziens im Frühjahr 1847. Wohl hatte schon früher im allerhöchsten Auftrage Graf Rudolf Stadion das Land in Augenschein genommen, und während einer stüchtigen Durchreise zur Kräftigung der dem Lande tödtlichen Beamten Alleinherrschaft, durch Einführung neuer Stellen, Organisation neuer Polizeibranchen u. s. w. das möglichste beigetragen und ein dem zu den gräßlichsten Thaten aufgehegten Landvolke durch ein Patent vom 13. April 1846 ausdrücklich als Belohnung zugesichertes Versprechen der Erfüllung näher gebracht, indem er eine sogenannte Regulirung, d. h. unentgeltliche theilweise Aufhebung der Unterthansleistungen ohne alle Rücksicht auf eine wenigstens gleiche Betheilung, geschweige denn auf Rechtsansprüche oder was immer für Grundsätze nach einer aus der Luft gegriffenen Norm vorbereiten und publiciren ließ. Bevor jedoch das gegebene Wort gelöst, bevor der Blutpreis vollends eingehändigt wurde, und die Regulirung in's Leben trat, wurde Herr Stadion sen. zum Gouverneur von Galizien ernannt.

Er bereifte das Land, haranguirte Beamte und Honoratioren, war zugänglich, einnehmend wie immer, ließ es an Redensarten nicht fehlen, und schien bereit dem Lande, das auf's Neueste gebracht, kaum noch zu hoffen wagte, in der That eine Zukunft eröffnen zu wollen, in der sich manches Zerrüttete nach und nach zurechtfinden, schmerzliche Wunden vernarben; kurz die Zustände im allgemeinen wenigstens erträglich gestalten dürften. Es verfloßen zwar Tage und Wochen und nichts geschah, was einen thatsächlichen Commentar zu all den schönen Worten geliefert hätte; doch die Rundreise war ihrem Ende nahe und die Erwartung aufs höchste gespannt. Eine Tagreise nur war der Gouverneur von seiner Hauptstadt entfernt, da wurde am 31. Juli Theophil Wisniewski gehentt. Am Schinderberge hat er die edle hochverrätherische Seele ausgehaucht und noch krächzten die Raben um den einsamen Pfahl, als Pilatus Stadion seinen Einzug hielt in die Kalvarienstadt. Es ist uns nie bekannt geworden, wie ihm die frische Leichenatmosphäre seiner neuen Residenz behagte, doch wird er nicht läugnen wollen, daß sein Auftreten unter solchen Auspicien wenig geeignet war, ihm

die Herzen eines Volkes zu gewinnen, welches in dem allerdings polizeiwidrigen Wahne befangen war, einen seiner edelsten Söhne durch einen Justizmord verloren zu haben, eines Volkes, welches unmöglich zweifeln konnte, daß es vollkommen in der Macht des Herrn Stadion gelegen hat, demselben vorzubeugen, da Herr Stadion nie müde ward zu erklären, er würde nicht anstehen, augenblicklich seine Stelle niederzulegen, sobald die Politik der Regierung mit seiner Ueberzeugung unvereinbar wäre. Gleichzeitig wurden notorische — keine gerichtliche Untersuchung wurde darüber gepflogen, daher sich officielle Beweise nicht beibringen lassen — Mitankstifter und Theilnehmer der gräßlichen Megeleien von 1846 zu höheren Stellen befördert, und die Verleihung von Medaillen und Geldbelohnungen an die hervorragendsten Anführer der Mörderbanden ging ungestört und unaufgehalten vor sich, während alle Anträge auf Untersuchung der begangenen Gräuelpacten nach wie vor ganz einfach ad acta gelegt wurden. Es ist klar, daß ein solches Vorgehen von Seite der stadionischen Verwaltung zur Herstellung des zerstörten Rechtszustandes, zur Aufklärung der grausam verwirrten Begriffe von Recht und Gerechtigkeit, zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther wenig beitragen konnte, am wenigsten aber geeignet war, die Ansprüche des Herrn Stadion auf unbedingte Anerkennung seiner vormärzlichen Amtsthätigkeit zu begründen.

Um den von Stadion jun. angedrohten Unfug, in Bezug auf die Unterthansleistungen auf eine wenigstens einigermaßen logische Basis zurückzuführen, lud Herr Stadion bereits im August vierzehn Vertrauensmänner seiner Wahl zu sich. Diese überreichten ihm ohne Verzug und auf sein Verlangen ihre diesfalligen Vorschläge, welche Herr Stadion als vollkommen gegründet erklärte und besonders zu berücksichtigen versprach. Es trat ein ziemlich langer Stillstand ein, der Gouverneur that, als wenn er gar nicht da wäre. Auf einmal erging eine vom Herrn Stadion unterzeichnete Verordnung, wodurch das frühere allerhöchste Patent eigenmächtig bei Seite geschoben, und eine neue von der alten in der Art, doch nicht in dem Maße von Widersinn und Willkür verschiedene Norm zur Aufhebung der Unterthansleistungen aufgestellt wurde. Zur Characterisirung derselben möge genügen, daß dadurch einige Herrschaften nicht einen einzigen Robottag, andere über 80% verloren. Wer da glaubte, daß wenigstens einige von jener Vertrauenscommission bevormuntete Bestimmungen in die neue Verordnung aufgenommen wurden; wer da glaubte, daß wenigstens darüber eine Aufklärung erfolgt sei, mit welchem Rechte ein Gouverneur es sich herausnehmen durfte, die Bestimmungen eines bereits publicirten allerhöchsten Patentes außer Wirksamkeit und andere an deren Stelle treten zu lassen, wer da glaubte, daß von Seite des jetzigen Deputirten für Kawa die Zusicherung einer Entschädigung erlossen sei oder gar, daß der tabellose Gouverneur die Zusammenberufung eines Landtags zur Erledigung einer so wichtigen, einer Lebensfrage in Vorschlag gebracht habe, der würde nur in jenen Irrthum verfallen, welcher das Land einen Augenblick befangen hielt, bevor es zu der Ueberzeugung gelangte, daß der Gouverneur Stadion das möglichste Sichentfernen von aller gemeinbürgerlichen Ehrlichkeit und sorgfältige Vermeidung jeder aufrichtigen, geschweige denn gerechten Handlungsweise zu seiner leitenden Regierungsmaxime gemacht, oder aber sich zu einem willenlosen Werkzeuge, zu einem bloßen Handlanger des so kunstvoll combinirten Metternichschen Betrugs- und Gewaltsystems hergegeben habe.

Welche von diesen beiden Voraussetzungen die richtige sei, darüber ein Urtheil zu fällen, kann ich mich am wenigsten unterfangen, da ich nie die Ehre gehabt habe, dem Herrn Stadion nahe genug zu stehen, um seine

Rechtlichkeit und Charakterfestigkeit anders, als aus seinen öffentlichen Acten beurtheilen zu können.

Ich schmeichle mir jedoch in den vorausgeschickten Angaben dem Herrn Stadion einige Behelfe geliefert zu haben, welche ihm andeuten dürften, daß nicht erst sein Verhalten seit den Märzereignissen ihn in jene ungünstige Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung versetzt habe, aus der er nun hervorzutreten sich bemühet. Ich will mich für diesmal auf das Gesagte beschränken, indem ich mir eine weitere Erläuterung jener Behauptungen des Herrn Stadion vorbehalte, welche sich auf die Ereignisse nach dem 15. März 1848 beziehen. Es würde mich freuen, wenn auch schon durch das Gesagte ein Beitrag geliefert sein sollte, zur Beurtheilung eines Staatsmannes, welcher sich auf eine solche Vergangenheit mit Stolz und Selbstzufriedenheit beruft.

Akios. Prag, am 4. Sept. Unser katholischer Klerus hielt am 1. September N. um 4 Uhr in der Magna aula Carolina eine Versammlung. Der Zweck derselben war, eine Petition „um unbedingte Freiheit der Kirche“ an den Reichstag zu verfassen, und allsogleich abzuschicken. Was sagen Sie dazu? Regt sich endlich auch einmal der demokratische Sinn, der Sinn der Freiheit in der durch Jahrhunderte geknechteten und wieder knechtenden Geistlichkeit? Glauben Sie das nicht zu früh, und am wenigsten dann, wenn ich Ihnen sage, daß der erste Punkt der Petition lautet: „Vollkommenste Freiheit der Lehrer.“ — Nur keine Ueberreizung; denn es dürfte nur Honig in des Löwenrauchen sein. Wir könnten am Ende Freudenthränen weinen, wenn wir uns diesen Wunsch als aufrichtig dächten. Also noch zurückgedrängt die Nahrung des Herzens, und allons zum zweiten Punkte. Er lautet: „Freiheit in der innern Verwaltung und Gestalt.“ Ah! Nun beginnen Sie zu erwachen, der süße Traum ist zu Ende, und aus der Debatte über den strittigen Punkt des Wahlmodus der Bischöfe ging der salbungsvolle Beschluß hervor, daß die Wahl der Bischöfe nach altkirchlichen Herkommen, aber nicht durch das Volk oder die Gemeinden und den Klerus, sondern durch den Klerus, mit Beziehung der Gemeinden vor sich gehen solle. „Der Vorhang ist gefallen, wir sind enttäuscht, und treten nun in die nackte Wirklichkeit hinaus. Also nur Beziehung? ohne bestimmtes, nach Zahl, Art und Weise bestimmtes Wahlrecht? Welche Zukunft öffnete sich da der geistigen Reorganisation der Völker? Aber hören Sie den dritten Punkt, er ist eine eben so natürliche Consequenz des zweiten, als eine schroffe beleidigende Inconsequenz des ersten Punktes: „Freiheit in der Verwaltung und Sicherstellung des Kirchengutes.“ Was sagen Sie dazu? das heißt doch, mit der einen Hand einfach geben, mit der andern zehnfach wiedernehmen?

Pater Stule, einer der Präsidenten, der Niemanden zu Worte kommen läßt, ohne deshalb selbst irgend etwas Erkleckliches zu Tage zu fördern, ist eine Creatur des Erzbischofs, der durch ihn diese Angelegenheit leitet. Diese Petition soll eiligst von den Gemeinden unterschrieben, (da sie „im Namen der Katholiken Prags und Böhmens“ lautet) und also gleich an den Reichstag abgesandt werden — also geistliche Sturm-petition! Ich versichere, daß die Gemeinden sich feierlichst dagegen ver-wahren werden.

Aus Töplitz habe ich erfahren, daß in der dortigen Versammlung der Deutsch-Böhmen Spaltungen einzureißen drohen, indem einige für andere gegen die Reichseintheilung in Reichskreise und deren Quellen sind. Es sollen heftige Debatten darüber geführt werden. Ein Artikel der Allgemeinen constitution. Pr. Ztg. weist bei diesem Anlasse auf das Prin-

cip der Centralisation (?) Oesterreichs hin, und wie nur durch Centralisation ein einiges großes Oesterreich entstehen könne?! Ein großes Oesterreich wünschen auch die Tschechen, aber nicht durch das Princip der Centralisation, sondern durch das der Föderation. Frage: Wie wird diese Principienfrage entschieden werden? — Oesterreichs Revolution zeigt Klippen, die gefährlicher sind, als die der Charvbbis und Schylla! — —

(5. Sept.) So eben erfuhr ich, daß die Versammlung der Deutsch-Böhmen in Töplitz sich für die Eintheilung in Reichskreise erklärt habe, mit besonderer Bezugnahme auf die deutsche Bevölkerung Prags.

Linz, am 6. Sept. 1848. Ich habe in meinem gestrigen Artikel vergessen, Ihnen den Namen jenes Geistlichen mitzutheilen, welchen die im Finstern schleichende Geistlichkeit im Einverständnisse mit den im Geiste Metternich's und Sedwizki's handelnden politischen Behörden durch mehr als 18 Jahre die Leiden einer verzweiflungsvollen Kerkerhaft erdulden ließen. Derselbe heißt Johann Nep. Frank, und ist ein ganz ehrlicher Mann, wiewohl nicht ein Priester von der allerbesten Qualität. Er scheint ehevor eine große Lust zum Herumziehen gehabt zu haben, denn es kommt vor, daß er einmal, glaublich do. 1823, incognito in Steyer war, und sich dort mit der Geburtshilfe praktisch befaßte. Dieses erregte aber den Eifersüßel seiner besugten Collegen, und sie erhoben deshalb Klage wider ihn, in Folge welcher sein geistlicher Stand an den Tag kam. Der hierüber entstandene Scandal zog ihm eine strenge Correction zu, und diese wurde noch deshalb strenger gemacht, weil er der Unschuld einiger Pfarrer-Köchinnen nachstellte, und hiedurch in die Rechte der Herren Pfarrer eingriff, welche in diesem Punkte eifersüchtiger zu sein pflegen, als mancher Ehemann. Er soll auch ein starker Verehrer des Bachus gewesen sein, — indessen unser Mann mag was immer für unkanonische Eigenschaften besessen haben, wiewohl sie noch keineswegs bewiesen vorliegen, so gibt dies nicht den mindesten rechtlichen Grund, ihn ärger als einen Galeeren-sklaven zu behandeln, und ihn einer grausamen geistlichen Justiz als Opfer Preis zu geben. Doch unser Präsident Strbenzky und der ultramontane Bischof Biegler sind zu lange mitfammen in eine Schule gegangen, als daß sie noch in ihren alten Tagen ihren Lehrern und Meistern Metternich und Milde untreu werden könnten. —

Ungarn. St. Weissenburg. Wir kamen mit mehreren Croaten während unserer Reise in Berührung und erfuhren mit Freude, daß, obwohl sie in Prag, Pesth, Wien zerstreut lägen, und weder die ungarischen noch die deutschen Blätter ihrer erwähnten, sie doch von dem wahren Zustande ihrer vom Fluche getroffenen Heimath besser als alle Blätter unterrichtet sind. Sie wirken ohne Geräusch, aber klüger und vorsichtiger, als unser assessorisches (Tálabirós) Ministerium, welches das Vaterland in diesen Zeiten zu regieren gewiß nicht berufen ist.

Den wahren Zustand Croatiens schilderte mir ein tüchtiger Croate folgendermaßen: Als Croaten seit dem wirren Zustande von Ungarn abgesperrt, wurden alle Wurzeln abgeschnitten, welche in dem üppigen Boden des überreichen Mutterlandes verzweigt, einer Lebensfrist durch 800 Jahre hindurch sich erfreuten. Die elenden Häuptlinge der Reaction erfuhren mit Schrecken, daß Croaten selbst die eigenen Verwaltungskosten nicht zu bestreiten vermag; hierin findet man den Schlüssel zu den unsinnigen Forderungen des bornirten Reactionswerkzeuges Jellachich, der die Selbstverwaltung Croatiens mit Errichtung einer Voivodenschaft im Ba-

nat, und die Zurückstellung des ungarischen Finanzministeriums an Oesterreich erkämpfen will. Künftighin sollte also dies Erbe der ungarischen Finanzen zwischen Oesterreich und Croatien getheilt werden. Ungarn sollte den üppigsten Theil seines Reiches Croatien überlassen, und es zur gleichen Größe erheben, nebstbei aber auch auf seine Kosten die Szerefaner erhalten. So wahnwitzige Bedingungen kann Jellasič, der über nichts als eine Horde Räuber und 5000 fanatisirte Gränzer zu verfügen hat, stellen, dem aus 14 Millionen bestehenden ungarischen Reiche! Dieser wahnwitzige Träumer verläßt sich auf das Geld und das Blut der österreichischen Völker, die ihm zur Realisirung seiner Panславia behülflich sein sollen. Der Samarilla gelang es auch, alle Variationen des österreichischen Ministeriums für ihre Puppe, Jellasič, zu gewinnen. Waffen, Kanonen und beträchtliche Summen wurden gesendet, so lange man keinen finanziellen Ausweis dem österreichischen Reichstage vorzulegen hatte, nun aber grinsen 7 Millionen Deficit, die 20 Millionen konnte man nur unter dem Schreckbilde des Bankerottes nach langem Kampfe erlangen, die Carricatur-Abstimmung der Robot und des Behent versetzte der verschuldeten österreichischen Aristokratie einen furchtbaren Schlag, die Bankiers machen auch lange Gesichter und wollen nichts mehr riskiren. Jellasič donnert und bedroht die Steirische durch die Offenbarung der rührenden Innsbrucker Abenteuer, dem Ministerium aber verspricht er den letzten Stoß zu versetzen. In Folge dieser Wagnisse des groben Jellasič ist man zur Unterhandlung geneigter, denn die Quellen der Samarilla versiegen allmählig, Ungarn entwickelt aber über alle Erwartungen neue Kräfte, die Macht und Anhänglichkeit an Kossuth ist größer als je, die Samarilla wird sich hartnäckig zeigen zur Unterhandlung, aber geneigter als jemals sein; Ungarn, lasse dich nicht täuschen, nur jetzt keine Schwäche, Muth und Ausdauer, und in Kurzem wird der Winter und eine Explosion in Agram auch ohne unsere Schwerter seiner panslavischen, tragischen Comödie ein Ende machen. Ich beschwöre euch, Patrioten, nur jetzt keine Schwäche, Ausdauer und Beharrlichkeit, die Samarilla reißt sich auf, unsere Unabhängigkeit wird gesichert, und das freie Ungarn wird der blutdürstigen Samarilla keine Schwäche mehr zeigen.

Ich will den innern Zustand Croatiens schildern, führe daher die obigen Episoden als Schluß zur kurzen Skizze an. Jellasič hat kein Geld, seine aus nicht mehr als 5000—6000 bestehenden Satrapen sind in Lumpen gehüllt und barfuß, die er zur Erpressung des nicht mehr zu erschwingenden Soldes in die Dörfer aussendet; das Volk murret, die Agramer Bürger sind wüthend über den Illyriismus, der ihre Erwerbsquellen abschneidet, und durch die unermesslichen Steuern aber über Winter sie zum Bettler machen würde. Der Spießbürger ist oft ein feiges, herz- und ehrloses Wesen, sobald man aber seine Bequemlichkeit antastet, ist er ein Löwe. In Agram ist er zum letzteren geworden, er spricht den Namen Jellasič nicht ohne Fluch aus, er wartet nur auf den Abzug des Jellasič und seiner grausamen Satrapen, und dieser wird dann Agram nicht mehr sehen. Ungarische Fahnen sind verborgen, der wüthende, ideale Illyriismus durch den hungernden Magen aufgerüttelt, ist auf dem Punkte, in den wüthendsten Magyariismus überzugehen. Daß diese Folgerung richtig und die Skizze wahr sei, beweist die Flucht des wüthendsten Illyrier-Chefs, Metell Dsegovich nach Settian, den man zu hängen drohte — und welcher ich eine große Wichtigkeit beilege. Gay trotzt Jellasič, der das Volk an den Bettlerstab gebracht und über Winter der Hungersnoth Preis gegeben und die unerhörtesten Gräueltathen hervorgerufen und seine Nation an den Abgrund gebracht hat. Das Schicksal dieses Menschen naht heran: das Volk wird ihm fluchen!

N. S. Die Schuld der Schlappheit, die wir bei Järel und Temerin erlitten, trägt der Husaren-Major Ráthé, dem der Kriegsminister vordem Kriegsgericht stellte. Der Kriegsminister wurde auf der Reise nach Peterwardein von Raizen umzingelt, und nur der Tapferkeit der Husaren hat er es zu verdanken, daß ihm nichts zu Leide geschah. Verrath, Uneinigkeit und Unwissenheit führt unsere Truppen an, und die Erbitterung und Gährung läßt für die Dynastie nichts Günstiges erwarten; „es ist nichts anderes übrig, als sich von allen geseglichen Banden — gleich Jellasič — loszusagen.“ — Diesen Verzeißungsdruf hörte ich oft ausstoßen.

Für die von Kossuth zu errichtenden Regimenter werden in allen Theilen des Landes mit dem schönsten Erfolge die Werbungen fortgesetzt, in Weißenburg ließen sich in einem Tage 60 anwerben.

Lótlényi M.

**Vereinigte Staaten von Deutschland.** Wien. Vom Ministerium des Innern ist gestern folgende Bekanntmachung erschienen:

Der unterm 5. d. M. ergangene National-Garde-Ober-Commando-Befehl könnte zur Mißdeutung Anlaß geben, daß Niemand geseglich zum Garbedienste verpflichtet sei.

Dem zu Folge findet das Ministerium sich bestimmt, seinem Erlass vom 10. April d. J. mit dem Bemerkten in Erinnerung zu bringen, daß der Paragraph 2 dieses Erlasses unverändert in voller Wirksamkeit bestehe, und vielmehr angeordnet werden müsse, daß zur Kräftigung der Nationalgarde die Herren Bezirks-Chefs und Commandanten eine erneuerte Conscriptio vorzunehmen haben, damit der Garde jene Individuen zugeführt und ungesäumt in die Compagnien des Bezirkes eingereiht werden, welche sich bis jetzt dem Garbedienste ungeseglicher Weise entzogen haben.

Eine fortgesetzte Weigerung in die Nationalgarde einzutreten, so wie eine Entziehung vom Dienste muß als Verletzung einer der wichtigsten und ehrenvollsten Pflichten betrachtet werden, welche alle diejenigen, die sich ausschließen, gegenüber dem Staate und ihren Mitbürgern zu verantworten hatten.

Wien am 6. September 1848.

Vom Ministerium des Innern.

Doblhoff.

Berlin. Immer mehr Militär wird nach Berlin vereinbart und die schwarzweiße Reaction sagt es nun laut und keck: „man fühle sich jetzt stark genug um loszusagen.“

In der Sitzung der verfassunggebenden Versammlung vom 4. Sept. ist auch wieder ein folgenschwerer Schritt vereinbart worden. Der Kriegsminister hat es verweigert, einen Beschluß der Versammlung auszuführen. Das Nähere möge man aus folgendem Ausruf der „Reform“, der auch als Plakat verbreitet wurde, entnehmen:

„Ausruf an das Volk.“

„Die Mordthaten von Schweidnitz hatten der Kammer die moralische Achtung auferlegt, zu beschließen: „Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlasse an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Civil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen, und der Herr Kriegsminister möge es denjenigen Offizieren, mit deren politischer Ueberzeugung dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht machen, aus der Armee auszutreten.“ Dieser Beschluß der preussischen Volksvertreter vom 9. August hatte die gerechte Entrüstung des gesammten Volkes vorläufig in die Schranken des geseglichen Schweigens zurückgewiesen. Niemand bezweifelte, daß das Ministerium, glücklich mit dieser milden Sühne seiner schuldigen Verantwortung entledigt zu sein, sich beeilen werde, den Geboten der Volksvertreter Folge zu leisten. Seitdem sind beinahe 4 Wochen vergangen, vergeblich harret das Land, die reaktionäre Soldateska rüstet sich zu neuen Gräueltathen. Da erklärt heute Herr Roth v. Schreckenstein, der Kriegsminister, und mit ihm das ganze Staatsministerium, daß es überhaupt diesen Beschluß gar nicht ausführen werde. Mit Recht

erweiterte hierauf der Abgeordnete Walbeck: „daß die Abgeordneten keine Minute länger mit Ehren in der Nationalversammlung sitzen könnten, wenn der Beschluß vom 9. August nicht zur Ausführung käme.“ Mitbürger! Erhebt Eure Stimme mit der unsrigen zur Ehrenrettung Eurer Vertreter, zur Sicherung Eurer Freiheit!

Die Beschlußfähigkeit dieser Kammer habt Ihr mit Eurem Blute erkämpft, Eure besten Brüder sind dafür gefallen. Laßt jenes heilige Blut nicht vergebens vergossen sein, laßt Euch die Früchte des Sieges nicht durch jesuitische Intriguen aus den Händen winden! Wenn Ihr diesmal einen Schritt zurückwankt, so werdet Ihr niemals eine freie Verfassung erreichen. Ein Ministerium, welches die Volkvertreter ins Gesicht schlägt, welches weder die Stimme des Volkes, noch die seinen Vertreter hören will, muß fallen oder die Freiheit ist gefallen! Berlin, 4. Sept. 1848. Die Redacteure der Reform.“

Schleswig-Holstein. Der Waffenstillstand ist nun zwischen dem König von Preußen im Namen Deutschlands und dem König von Dänemark abgeschlossen. — In den Herzogthümern herrscht eine furchtbare Aufregung über diesen schmachvollen Waffenstillstand und im ganzen Lande werden Vorbereitungen zu allgemeiner Bewaffnung getroffen.

Der Waffenstillstand ist auf 7 Monate abgeschlossen, also bis zum nächsten Frühjahr. Indessen hofft man in Deutschland den guten, alten patriarchalischen gottesgnädigen Zustand wieder zurückvereinbart, und Dänemark Zeit gegeben zu haben, um die schleswig-holstein'schen „Aufrührer“ zu züchtigen. In diesem Augenblicke hätte Wrangel sogar bis nach Kopenhagen gehen können, ohne großen Widerstand zu finden. Im Winter, wo die Meere gefroren, müßte das Blokiren von Selt Dänemarks auch aufhören. — Aber der Legitimität zu Liebe hat man ein deutsches Land wieder der Fremdherrschaft preisgegeben.

Folgendes sind die Bedingungen:

Art. 1. Vom Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention an gerechnet, sollen die Feindseligkeiten zu Lande und zur See während sieben Monaten vollständig eingestellt werden, mit einer Auskündigung von einem Monate für jeden der beiden contrahirenden Theile. Wenn von der einen oder der anderen Seite eine Auskündigung nicht stattfindet, so wird angenommen, daß in die Verlängerung des Waffenstillstandes von beiden Seiten gewilligt ist. Art. 2. Würde der Waffenstillstand durch einen der beiden Theile aufgelündigt, so sollen die beiderseitigen Kriegsheere diejenigen Stellungen einnehmen können, welche sie im Augenblicke des Abschlusses der gegenwärtigen Convention inne haben, und welche von zweien durch die commandirenden Generale ad hoc delegirten Officieren auf einer Karte verzeichnet werden sollen. Art. 3. Die durch die Seemacht Sr. Majestät des Königs von Dänemark bewerkstelligten Blokaden sollen unverzüglich nach Auswechslung der Ratifikations-Urkunden aufgehoben und die hierzu erforderlichen Befehle, wenn irgend möglich, an demselben Tage den Befehlshabern der königlich dänischen Kriegsschiffe zugesertigt werden. Art. 4. Alle Kriegs- und politische Gefangene sollen auf beiden Theilen ohne Verzug und Vorbehalt in Freiheit gesetzt werden. Art. 5. Alle Schiffe, welche seit dem Beginne des Krieges aufgebracht oder mit Beschlag belegt sind, sollen binnen 12 Tagen nach der Unterzeichnung dieser Convention oder früher, wenn dies möglich ist, mit ihren Ladungen frei gelassen werden. Preußen, sowohl in seinem eigenen Namen, als im Namen des deutschen Bundes, willigt darein, daß Dänemark für die Requisitionen in Natura, die in Zülund für Rechnung der preussischen oder Bundesstruppen erhoben sind, entschädigt werde; und Dänemark verpflichtet sich seinerseits, den Werth der Schiffe oder Ladungen zu ersetzen, welche etwa verkauft sind und nicht in Natura zurückgegeben werden können. (Fortf. folgt.)

Ungarn. Man versichert, daß der Hauptgrund des Hierseins der ungarischen Deputirten darin bestehe, daß eine ministerielle Denkschrift nach

Pest gelangt sei, worin ausgesprochen wird, daß sich die den Ungarn von ihrem Könige in den Tagen des März gemachten Concessionen mit der nun zu vereinbarenden Gesamtmonarchie nicht vertragen, und daß diese Concessionen zurückgenommen werden müssen.

Italien. Das neue sardinische Ministerium hat unter Hinweisung auf sein Programm, wonach es den Waffenstillstand zwar als militärische Thatsache, nicht aber als einen Act politischer Transaction, welche vollendete Thatsachen aufheben könne, betrachtet, die Mitglieder der lombardischen Consulta eingeladen, sich „während der Dauer der österreichischen Occupation der Lombardie in Turin zu versammeln und ihren officiellen Wohnsitz zu nehmen, damit das Ministerium sich in den von dem Gesetze über die Vereinigung der Lombardie mit Piemont vorgeschriebenen Fällen mit ihr vereinigen könne.“

### Arbeiter-Verein.

Mittwoch den 6. Sept. Einweihung des Ratheders durch ein Gebicht, verfaßt und vorgetragen von Jaepser. Sander liest nach einer Einleitung über den Abfall des Ministeriums von der Volkssache die Rede und Interpellation des Abgeordneten Borrosch vor, und stellt den Antrag, der Verein möge sich dem veranstalteten Fackelzuge zu Ehren des sich um die Freiheit und das Volkes verdient gemachten Mannes anschließen. — Mit Beifall angenommen.

Es erscheint eine Deputation der Seiden- und Sammtbandmacher-Gesellschaft, die dem Verein 110 fl. 12 kr. C. M. für die Unglücklichen vom 23. August überbringt und mit großem Jubel begrüßt wird.

Grzka, Fortsetzung der deutschen Geschichte; Papstthum und Kaiserthum.

Eine Deputation des demokratischen Vereins ladet zum Fackelzuge ein.

Grzka. Was Bach, was Borrosch will.

Antrag von Schmitt: Gleichstellung der politischen Rechte mit denen anderer Stände für die Arbeiter zu fordern.

Der Vorsitzende liest eine Adresse, von den Arbeitern des Brunnfeldes überreicht, worin diese ihren Dank für die würdige und ehrenvolle Leichenseier und ihre wärmsten Sympathien für den Arbeiter-Verein überhaupt aussprechen.

Die übrigen Vorträge werden für heute zurückgelegt, die Versammlung ordnet sich für den Fackelzug.

Im Namen des Vorstandes des Arbeiter-Vereines muß ich den herzlichsten Dank aussprechen für das Vertrauen, welches uns unsere Freunde und Brüder, die Arbeiter Wiens schenken, indem sie so bedeutende Summen in unsere Hände legen. Wir werden dieses Vertrauen zu rechtfertigen suchen, ohne vorher mit Versprechungen zu prahlen, fordern indessen Jedem auf, Einsicht von unserer Verwaltung zu nehmen. Daß wir in den Blättern genaue Rechnung ablegen, versteht sich von selbst.

Ja, theuere Freunde! wir hoffen zu Gott, daß das Vertrauen unter uns allgemein werde, das nicht die Garantie reicher Hausherrn für ein paar Hundert Gulden nöthig ist, dann aber haben wir gestiftet und die Knechtschaft ist auf ewig gebrochen.

Der Vorstand des Arbeiter-Vereines.

Wegen des heutigen Feiertages wird morgen kein Blatt ausgegeben.

### Börsenbericht vom 7. September 1848.

Metall-Obligat. zu 5%	78 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	128	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glognitzer Actien	94
" " " 4%	64	" " " 1839	85 1/2	Waldstein'sche Lose	19	Pesther	64
" " " 3%	48	Esterházy Lose à 40 fl.	51	Nordbahn-Actien	104 1/2	Gmundner	168
Bank-Actien	1075	Windischgrätz Lose	18	Mailänder	72	Dampfschiff	455

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmart Nr. 260, 2. Stock.

Gedruckt bei Franz Eden von Schm id.